

# STAATSARCHIV HAMBURG

---

314 15 Oberfinanzpräsident  
Abl. 1938.

---

D 10

Bescheidsakte

---

---

---

---

---

---

---

**DR. KARL PRIESTOPH**

RECHTSANWALT UND NOTAR

**BANKKONTO:**

BERLINER DISCONTO BANK A.-G.,  
DEP.-K.A. A, BERLIN-CHARLOTTENBURG 4,  
BISMARCKSTRASSE 111

POSTSCHECK: BERLIN-WEST 37058

BERLIN-CHARLOTTENBURG 5, 10. Sept. 1957

KAISERDAMM 5

TELEFON: 34 90 60

Ila/Ho.  
Oberfinanzdirektion Hamburg  
BY u. BA  
Az.:  
Eing.: 11. SEP. 1957  
Sachgeb.: 33. 02. St. 1957

An die Oberfinanzdirektion Hamburg  
Bundesvermögens - und Bauabteilung

H a m b u r g 13  
Hartungstrasse 5

betr. D 10 - BV 43 -

RE-Sache Frau Hildegard Danziger geb. Mosse

In obiger Angelegenheit spreche ich unter Bezugnahme auf die früher meiner Mandantin gewährten Darlehen und das zwischenzeitlich erlassene Bundesrückerstattungsgesetz die Bitte aus,

möglichst umgehend eine Ausgleichung des meiner Mandantin nach Massgabe des Beschlusses des WGA. beim Landgericht Hamburg vom 27.10.1952 zustehenden Anspruchs im Rahmen der Vorschriften des Bundesrückerstattungsgesetzes vorzunehmen. Ich weise dabei ausdrücklich auf die der Oberfinanzdirektion bereits vorliegenden Bedürftigkeitsbescheinigungen hin, aus denen sich ergibt, dass Veranlassung besteht, die vorliegende Sache mit Vorrang zu bearbeiten.

Dr. Priestoph, Rechtsanwalt  
vertreten durch

*Rimmels*  
Rechtsanwalt

V  
11 NW 332 (Hageborn)  
2/2da  
11/01 1957

Fragbogen Karsten 16.9.

# Fragebogen

Az.: C 1488 - D 10 - BV 331

OFD: H a m b u r g

## 1) Personalangaben des Berechtigten:

Name und Vorname:

(bei Frauen auch Geburtsname)

D a n z i g e r, Hildegard geb. Mosse

Geburtsdatum und Geburtsort:

21.3.1904 in Berlin

jetzige Anschrift:

Flat 4, 8, Bracknell Gardens, London NW 3

letzter Wohnort (ständiger Aufenthalt) in Deutschland vor der Auswanderung:

Berlin - Dahlem, Wildpfad 8.

bei Minderjährigen Name und Anschrift des gesetzlichen Vertreters:

## 2) Personalangaben des Verfolgten:

(nur auszufüllen, wenn Berechtigter nicht personengleich mit dem Verfolgten ist.)

Name und Vorname:

(bei Frauen auch Geburtsname)

Geburtsdatum und Geburtsort:

Wohnort (ständiger Aufenthalt) in Deutschland vor der Auswanderung oder Deportation:

## 3) (von der OFD auszufüllen\*):

Bezeichnung der Beschlüsse und Vergleiche, auf Grund deren in einem Rückerstattungsverfahren eine Zahlungsverpflichtung

Beschluß des Wiedergutmachungsamts beim Landgericht Hamburg vom 27.10.1952

Az.: I/Z 1582 - 1 -

Hausrat

1. des Deutschen Reichs (einschließlich der Sondervermögen Deutsche Reichsbahn und Deutsche Reichspost),

\*) Aufzunehmen sind alle der OFD bekannten Beschlüsse und Vergleiche ohne Rücksicht darauf, ob der einzelne Anspruch dem zu Ziffer 1) genannten Berechtigten allein oder gemeinsam mit anderen Berechtigten zusteht.

2. des ehemaligen Landes  
Preußen,

3. der ehemaligen National-  
sozialistischen Deutschen  
Arbeiterpartei (NSDAP),  
deren Gliederungen, deren  
angeschlossenen Verbände  
und der sonstigen aufge-  
lösten NS-Einrichtungen,

4. der Reichsvereinigung der  
Juden in Deutschland und  
des Auswanderungsfonds  
Böhmen und Mähren

festgestellt worden ist.

4) Liegen weitere Beschlüsse  
oder Vergleiche vor, nach  
denen Ihnen allein oder ge-  
meinsam mit anderen Berech-  
tigten rückerstattungsrecht-  
liche Geldansprüche gegen  
einen der in Ziffer 3) ge-  
nannten Rechtsträger zu-  
stehen?

(Anzugeben ist die Rückerstattungs-  
behörde, Datum und Aktenzeichen  
des Beschlusses oder des Vergleichs)

weitere 5) Haben Sie allein oder gemein-  
sam mit anderen Berechtigten  
rückerstattungsrechtliche  
Geldansprüche gegen einen  
der in Ziffer 3) genannten  
Rechtsträger geltend  
gemacht?

(Angabe der Rückerstattungsbe-  
hörde und des Aktenzeichens)

6) Welche von den in Ziffer 3)  
bis 5) genannten rückerstat-  
tungsrechtlichen Geldan-  
sprüchen sind ganz oder teil-  
weise abgetreten, verpfändet  
oder gepfändet worden?

ja

- a) (142 WGK) 63 WGA 3479.50 (82.56)  
Beschluss des Landgerichts Berlin vom 12.4.1957,  
b) (141 WGK) 8 WGA 1821.50 (175.55)  
Vergleich vor dem Landgericht Berlin vom 10.2.56,  
c) (149 WGK) 8 WGA 1851.50 (167.53)  
Beschluss des Landgerichts Berlin vom 16.11.53,  
d) (141 WGK) 8 WGA 1822.50 (192.55)  
Beschluss des Landgerichts Berlin vom 16.11.56,  
e) (141 WGK) 8 WGA 1825.50 (177.55)  
Beschluss des Landgerichts Berlin vom 26.9.1957

ja

Neuanmeldung nach dem BRÜG. beim Zentralmeldeamt  
des Haupttreuhänders für Rückerstattungsvermögen  
in Berlin wegen Zwangsumtausch von Wertpapieren  
in Reichsschatzanweisungen.  
Aktenzeichen noch nicht bekannt.

k e i n e

Gfs. ist a  
a) in well  
b) Name  
Abtre  
oder

7) Auf w  
3) bis  
statu  
sprüc  
Leist  
halte

Gfs  
a)  
b)

8) F

Gfs. ist anzugeben

a) in welcher Höhe,

b) Name und Anschrift des  
Abtretungsempfängers  
oder Pfandgläubigers.

7) Auf welche von den in Ziffer  
3) bis 5) genannten rücker-  
stattungsrechtlichen Geldan-  
sprüchen haben Sie bereits  
Leistungen oder Darlehen er-  
halten?

Gfs. ist anzugeben

a) von welcher Stelle,

b) in welcher Höhe.

I/Z 1582 - 1 - Beschluss des Wiedergutmachungsamtes  
Hamburg beim Landgericht Hamburg vom 27.10.1952

OF.Direktion Hamburg = 10.000.- DM  
Darlehnsverträge vom 27.2.1956 und 4.2.1957.

8) Haben Sie Entschädigungs-  
ansprüche angemeldet?

(Anzugeben sind sämtliche Entschä-  
digungsansprüche mit Ausnahme  
der für Schaden an Leben, an  
Körper oder Gesundheit oder an  
Freiheit)

Gfs. ist anzugeben, bei wel-  
cher Entschädigungsbehörde  
und unter welchem Akten-  
zeichen.

ja

Entschädigungsamt Berlin, Reg.Nr. 52 365

Vermögensschaden:

Auswanderungskosten,  
Abgabe von Gold- und Silbersachen,  
Bankkonto bei Hardy & Co.  
Abgabe an die Dego,  
Umzugskosten,  
Reichsfluchtsteuer,  
Judenvermögensabgabe,  
Auswandererabgabe.

9) Haben Sie einen Bevollmäch-  
tigten für das im Bundes-  
rückerstattungsgesetz für die  
Befriedigung rückerstattungs-  
rechtlicher Geldansprüche  
vorgesehene Verfahren be-  
stellt?

Gfs. ist Name und Anschrift  
des Bevollmächtigten anzu-  
geben.

Rechtsanwalt und Notar  
Dr. Karl Priestoph,  
Berlin-Charlottenburg 5, Kaiserdamm 5.



10) An welche Stelle sollen die Zahlungen nach dem Bundesrückerstattungsgesetz geleistet werden?

(Bei Devisenausländern wird in der Regel die Errichtung eines liberalisierten Kapitalkontos erforderlich sein.)

Lib.Kapitalkonto Nr. 29976 bei dem Bankhaus  
H. Aufhäuser, München 1, Loewengrube.

11) Sonstige Bemerkungen des Berechtigten:

Ich versichere, daß ich meine Angaben nach bestem Wissen und Gewissen richtig und vollständig gemacht habe.

London, den 25. 11. 1957  
(Ort) (Datum)

Richard Danziger  
(Unterschrift)

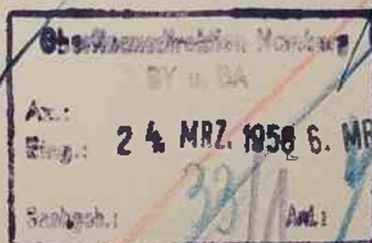
DER SENATOR FÜR FINANZEN  
Sondervermögens- u. Bauverwaltung  
Gesch.Z.: Fin III SVer. IV/E - O 5608  
Az.: 10 212 ( 8 WGA 1851/50

Berlin-Charlbg. 2, <sup>41317</sup>  
Fasanenstr. 87, Zi. 58  
Fernruf: 32 52 01, App. 270

An die  
Oberfinanzdirektion Hamburg

H a m b u r g 13  
Hartungstraße 5

*Am. Fin. An. f. An.*



Betrifft: RE-Verfahren Hildegard B a n z i g e r , geb. Mosse  
Anschrift: Flat 4, 8, Bracknell Gardens, London NW 3

Geschädigter: Antragstellerin selbst  
früher wohnhaft: Berlin-Dahlem, Wildpfad 8

Ich beabsichtige, ~~den~~ vorstehend genannten Berechtigten  
einen Bescheid gemäss §§ 38 ff BRÜG zu erteilen. Nach dem von  
~~den~~ Berechtigten eingereichten Fragebogen stehen ihm weitere  
Rückerstattungsansprüche auf Grund eines Beschlusses  
vom 27.10.1952

des/~~der~~ Wiedergutmachungsamtes beim Landgericht Hamburg  
- Az.: I/Z 1582 - 1 - ( Möbel )

zu. Da ~~der~~ <sup>die</sup> Geschädigte ~~seinen~~ <sup>ihren</sup> letzten Wohnsitz in Berlin  
hatte, dürfte ein einheitlicher Bescheid von hier aus zu  
erlassen sein. Falls die Voraussetzungen hierfür auch von  
Ihnen für gegeben gehalten werden, bitte ich um Übersendung  
eines begründeten Teil-Bescheid-Entwurfes.

Im Auftrage

*[Signature]*  
(Kempe)

Oberfinanzdirektion Hamburg  
O 1488 - D 10 BV 43/

Hamburg 13, den 27. Mai 1958  
Tel.: 44 12 91

2. Mai 1958

27. Mai 1958

12

Geschrieben 2.5.58  
Gelesen  
Abgesandt 5. MAI 1958

An die  
Oberfinanzdirektion  
- BV und BA -

Herrn  
Senator für Finanzen  
Sondervermögens- und Bauverwaltung  
Berlin - Charlottenburg 2  
Fasanenstraße 87

Betr.: Rückerstattungssache *Hildegard Danzig, geb. Menn*  
geb. am 21.3.1904 in Berlin  
Bezug: Dok. Nr. 20.3.1958 - Genl. Z. Fin. III S. Verm. IV K - 65608  
Anlg.: 2 / Az: 10212 (8 WGA 188/150)

Da Sie für die Erteilung des Gesamt-Bescheides zuständig sind, übersende ich Ihnen anliegend einen Teil-Bescheid in doppelter Ausfertigung.

Ich habe meine Amtskasse für Bundesvermögen angewiesen, das/die der/dem/den Berechtigten von der Oberfinanzdirektion Hamburg gewährte(n) Darlehen in Höhe von (insgesamt) DM . . . . . auf die Oberfinanzkasse . . . . . / ~~Amtskasse / Verwaltungsamt für ehem. Reichsgrundbesitz in Berlin~~, Berlin-Charlottenburg zu überführen.

~~Beleihen wurden von mir nicht gewährt.~~

Da Sie sich vor Erteilung des Gesamt-Bescheides mit dem zuständigen Entschädigungsamt in Verbindung setzen, habe ich davon abgesehen, eine besondere Stellungnahme des Entschädigungsamtes hinsichtlich dieses Teil-Bescheides einzuholen.

~~Die/Den Bevollmächtigte(n) habe ich von der Abgabe der Sache an Sie benachrichtigt.~~

BV 3212 2 E 128 *th 28/3* Im Auftrag

- 2/ Künzler: a) *Bekannt* b) *an Bevollmächtigten (s. Fragebogen Ziff. 9):*  
Ich lehne die o.a. Forderung zurück, da der Herr Senator J. Finzen - Sondervermögen - und Bauverwaltung - Berlin - Charlottenburg 2, Fasanenstraße 87, abgelehnt.  
4) *Beleihen* an *Amtskasse für Bundesvermögen*, auf die *Bek.*, *entsprechend* zu verfahren.  
5) *Frl. Lelbach* *20.3.1958* *festige* *Beleihen* *anweisung* *J. d. Vermögensverwaltung* *in* *Beleihen* *anweisung*  
6) *254(BA)* *Not* *11.6.1958*



Geschrieben  
Gelosen  
Abgesandt

Teil - Zettel

in der Rückerstattungssache der  
Hildegard Danziger, geb. Mosse  
Fl. 110 Bauk. u. L. P. 10. 11. 12.

13

Oberfinanzdirektion Hamburg

O 1488 - D 10 - BV 42

Hamburg, den  
Durchschrift für die Akte

2. Mai 1958

Herrn  
Rechtsanwalt und Notar  
Dr. Karl Priestoph  
Berlin-Charlottenburg 5  
Kaiserdamm 5

5. Mai 1958

Betr.: Rückerstattungssache Hildegard Danziger geb. Mosse

Ich habe die o.a. Sache zuständigkeitshalber an den  
Herrn Senator für Finanzen, Sondervermögens- und Bauverwal-  
tung, Berlin-Charlottenburg 2, Fasanenstraße 87, abgegeben.

Im Auftrag

gez.

( Polack )  
Regierungsassessor

134 Bk. 134 Bk. 134 Bk. 134 Bk. 134 Bk.

IV.

136 Bk. 136 Bk. 136 Bk. 136 Bk. 136 Bk.

136 Bk. 136 Bk. 136 Bk. 136 Bk. 136 Bk.

15  
Hamburg, den 2. Mai 1958  
Hartungstraße 5

Durchschrift

Teil-Bescheid

in der Rückerstattungssache

Hildegard D a n z i g e r, geb. Mosse  
Flat 4, 8, Bracknell Gardens, London NW 3

Bevollmächtigter: Rechtsanwalt Dr. Karl Priestop,  
Berlin-Charlottenburg, Kaiserdamm 5

I.

Dem Teil-Bescheid liegt der Beschluß des Wiedergutmachungsamts beim Landgericht Hamburg vom 27.10.1952  
- Az.: I/2 1582 -1- zu Grunde.

II.

Aus dieser Entscheidung steht der Berechtigten nach Maßgabe der §§ 14-26 BRUG ein Anspruch in Höhe von

DM 45.000.--

(i.B.: Fünfundvierzigtausend 00/100 Deutsche Mark) zu.

III.

Der in Ziffer II festgestellte Betrag ist gemäß § 34 BRUG zu verzinsen.

IV.

Auf den in Ziffer II festgestellten Anspruch sind gemäß § 36 BRUG folgende der Berechtigten gewährte Darlehen anzurechnen:

- 1) Darlehen von 5.000,—DM mit Wirkung vom 1.4.1956
- 2) Darlehen von 5.000,—DM mit Wirkung vom 7.2.1957

V.

G r ü n d e

Durch den in Ziffer I aufgeführten Beschluß ist die Schadenersatzpflicht des Deutschen Reiches für entzogenes Umzugsgut im Entziehungswert von 30.000,—DM festgestellt worden. Gemäß §§ 14, 16 Abs. 1 S. 2 BRUG rich-

tet sich die Höhe des Schadensersatzbetrages, der der Berechtigten zusteht, nach dem Wiederbeschaffungswert der entzogenen Gegenstände per 1.4.1956.

Dieser ist nach den in der beigelegten Anlage erläuterten Grundsätzen auf 45.000,—DM festgestellt worden.

Im Auftrag

gez.

( Polack )  
Regierungsassessor



beglaubigt

*Medler*

Kanzleiangestellter

## Anlage

Betr.: Feststellung des Wiederbeschaffungswertes per  
1. 4. 1956 von entzogenem Hausrat bzw. ent-  
zogenem Umzugsgut.

Der Wert der entzogenen Hausratsgegenstände im Zeitpunkt der Entziehung ist durch den im Bescheid näher bezeichneten Beschluß (Vergleich) festgestellt worden. Durch die inzwischen eingetretene Rechtskraft dieses Beschlusses sind Einwendungen gegen die Höhe des festgestellten Entziehungswertes abgeschnitten. Die Oberfinanzdirektion kann und muß daher diesen Wert ihren Feststellungen unbesehen zu Grunde legen. Sie hat sich darauf zu beschränken, festzustellen, wie sich dieser Wert infolge der zwischenzeitlich eingetretenen Preissteigerungen verändert hat. Zu diesem Zweck ist eine Auskunft des Statistischen Bundesamtes eingeholt worden. Aus dieser Auskunft vom 4. 12. 1957 ergibt sich, daß im April 1956 die Preise für die Gegenstände, aus denen sich normalerweise entzogener Hausrat bzw. entzogenes Umzugsgut zusammensetzt, nämlich für Möbel aus Holz, Polstermöbel, Hausrat aus Glas, Porzellan und Steingut, Gardinen, Teppiche, Möbel- und Behangstoffe, Bett-, Haus- und Küchenwäsche, Bekleidung und Schuhe auf 172 % des Standes von 1940, auf 167 % des Standes von 1941 und auf 163 % des Standes von 1942 gestiegen sind. Diese Preissteigerung ist allerdings nur bei neuen Sachen eingetreten. Die Preise für Gebrachtwaren sind seit dem Entziehungszeitpunkt nicht annähernd in diesem Maße gestiegen. Von Sachverständigen, die von den Hamburger Gerichten ständig herangezogen werden, ist diese Tatsache in anhängigen Rückerstattungsverfahren mehrfach bestätigt worden. Diese Sachverständigen gehen davon aus, daß der Reichsmark-Entziehungswert im Verhältnis 1 : 1 auf Deutsche Mark umgestellt den Wiederbeschaffungswert ergibt.

Da die entzogenen Sachen zum großen Teil gebraucht gewesen sind, ist es nicht möglich, den Wiederbeschaffungswert in Höhe der vollen für Neuwaren ermittelten Preissteigerung festzusetzen. Es ist aber auch nicht richtig, nur deshalb, weil es sich um gebrauchte Sachen gehandelt hat, den Wiederbeschaffungswert per 1. 4. 1956 dem Entziehungswert ohne Rücksicht auf die inzwischen gestiegenen Preise gleichzusetzen. Da eine gerechte Schadensberechnung in diesen Fällen sowohl den Wert der Sachen auf dem Gebrauchtwarenmarkt als auch deren Neuwert abzüglich einer gewissen Abschreibung für die Benutzung zu berücksichtigen hat (vergl. OLG Düsseldorf vom 8. 1. 1957 RzW 1957 S. 73), muß auch der zur Errechnung des Wiederbeschaffungswertes zu ermittelnde Umrechnungsfaktor diesen beiden Gesichtspunkten Rechnung tragen und von einem Mittelwert zwischen Preissteigerung für Neuwaren und Preissteigerung für Gebrauchtwaren ausgehen. Aus diesen Erwägungen heraus hält die Oberfinanzdirektion einen Umrechnungsfaktor von 1,5 für angemessen, d. h. der Wiederbeschaffungswert des entzogenen Hausrates per 1. 4. 1956 wird auf das 1 1/2-fache des Entziehungswertes in Deutscher Mark festgesetzt.



# GÜNTER SPIESECKE - RECHTSANWALT UND NOTAR

Berlin W 15, Schlüterstraße 41<sup>III</sup>  
(unmittelbar am Kurfürstendamm)

Telefon: 91 22 60

An die  
Bundesvermögen- und Bauabteilung  
H a m b u r g 13  
Magdalenenstr. 64g: 13. OKT. 1958

Suchgeb.: 47

Ani: 1

Postcheckkonto: Berlin-West 51749

Bankverbindung: Berliner Disconto Bank AG.,  
Depka 5, Berlin W 15

Sprechstunden täglich von 16<sup>30</sup> - 18 Uhr  
mit Ausnahme von Mittwoch und Sonnabend,  
sonst nach vorheriger telefonischer Vereinbarung

Berlin W 15, den 10. Oktober 1958  
I/r

Betr.: Rückerstattungsansprüche der Frau Hildegard Danziger  
geb. Mosse in London, Old conduit House, N.W.3.

Die obengenannte Frau Hildegard Danziger hatte einen Rückerstattungsanspruch wegen eines beschlagnahmten Liftes zunächst bei den Berliner Wiedergutmachungsämtern angemeldet, wo das Verfahren unter dem Aktenzeichen 8 WGA 1851/50 lief und zuständigkeitshalber dorthin abgegeben wurde. Ich vertrete Herrn Dr. Alfred Danziger, Berlin-Grünwald, Herthastr. 20, wohnhaft, der nach der mir vorliegenden Heiratsurkunde am 16.1.1930 Frau Hildegard Danziger geheiratet hat. Die Ehe ist 1948 geschieden worden. Zur Zeit der Beschlagnahme des Liftes waren die Eheleute Danziger also noch verheiratet. Sie waren Miteigentümer der im Lift befindlichen Gegenstände. Nach der mir vorliegenden Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamts Berlin-Zehlendorf vom 21.12.38 gehörte sogar das gesamte Umzugsgut meinen Mandanten.

Namens und in Vollmacht des Herrn Dr. Danziger bitte ich, mir aus den dortigen Akten mitzuteilen, wie das Rückerstattungsverfahren wegen dieses Liftes geendet hat. Falls, was ich annehme, bereits eine Entscheidung vorliegt, wäre ich für Uebersendung einer Beschlussabschrift dankbar.

Vollmacht des Herrn Dr. Danziger auf mich liegt an.

(Spiesecke)

Rechtsanwalt

1/4 Ges.  
2/2 da (MA)

Von 20.10.

Oberfinanzdirektion Hamburg  
- D 10 - BV 42 -

Hamburg 13, den 20. Oktober 1958  
Po/Nö

V f g .

Geschrieben	19.10.58. Nö
Gelesen	20. Okt. 1958
Abgesandt	

*Handwritten signature*

- 1) Herrn Rechtsanwalt  
Günter Spiesecke  
B e r l i n W 15  
Schlüterstraße 41 III

Betr.: Rückerstattungssache Frau Hildegard D a n z i g e r  
Bezug: Ihr Schreiben vom 10.10.1958 - 1/r -  
Anlg.: - 1 -

Das Rückerstattungsverfahren wegen des Lifts hat mit einem Beschluß des Wiedergutmachungsamts beim Landgericht Hamburg vom 27.10.1952 geendet, durch den das Deutsche Reich verpflichtet wurde, Frau Hildegard Danziger für entzogenen Hausrat Schadensersatz in Höhe von RM 30.000,-- zu leisten. Weiteres ergibt sich aus dem Beschluß nicht. Insbesondere enthält er keine Begründung.

Für die Durchführung des Bescheidsverfahrens ist in diesem Falle der Senator für Finanzen in Berlin zuständig. Ich habe diese Sache daher im Mai 1958 zum Az.: Fin.III S Verm. IV/E - O 5608 10212 (8 WGA 1851/50) *doctum* abgegeben. Ich stelle anheim, die Akten des Senators für Finanzen einzusehen und dort die Ansprüche Ihres Mandanten geltend zu machen. Die mir übersandte Prozeßvollmacht gebe ich als Anlage zurück.

- 2) zdA. / 8A)

Im Auftrag

*Handwritten signature*

( Polack )  
Regierungsassessor